

Vor einigen Tagen hatte die FARC-Delegation in Havanna bekanntgegeben, die Organisation werde künftig auf die Rekrutierung Minderjähriger verzichten. Am 16.02.2005 berichtet EL ESPECTADOR Näheres dazu:

Die FARC entlässt Kinder unter 15 Jahren aus ihren Reihen

Während es bei den Gesprächen zwischen Regierung und FARC um ein Teilabkommen zum Thema „Opfer“ und um den Kurs auf eine Deeskalation des Konflikts geht, versichern Teilnehmer der FARC an der Radiodiskussion Hora 20 des Senders Caracol, die Guerrilla werde Mitglieder in ihren Reihen, die unter 15 Jahre alt sind, entlassen. Ferner erklärten sie ihr Einverständnis mit dem Vorschlag von Expräsident César Gaviria, auf Kämpfer und kampfbeteiligte Zivilisten ein Modell einer Übergangsjustiz anzuwenden.

In der Rundfunkdebatte, an der die Kommandanten Pablo Catatumbo, Joaquín Gómez und Iván Márquez teilnahmen, hob Letzterer hervor, nach interner Befragung der Einheiten im ganzen Land könne das Oberkommando der FARC feststellen, dass sich lediglich 13 Mitglieder unter 15 Jahren in ihren Reihen befänden, die in kürzester Zeit ihre Einheiten verlassen würden. Dabei handelte es sich um eine Verlautbarung, die in Bezug stand zu der in der Vorwoche gemachten Zusage, von jetzt ab keine Jugendlichen unter 17 Jahren mehr zu rekrutieren.

Außerdem bestätigte Márquez, sowohl die FARC als auch der ELN(zweitgrößte Guerrillaorganisation Kolumbiens, A.d.Ü.) hegten den „Traum“ von einem gemeinsamen Verhandlungsprozess mit der Regierung und von einer offenen politischen Beteiligung. Er bestand darauf, dass die FARC einem Verfassungsgebenden Prozess als Alternative zu einem Referendum über ein Friedensabkommen den Vorzug gäbe. Auch zeigte man sich einverstanden, mit Expräsident Uribe und Vertretern seines Demokratischen Zentrums, also Gegnern des Friedensprozesses, zu sprechen, solange man dabei „Argumente und keine Aggressionen“ austausche.

Zum Vorschlag von Expräsident Gaviria zu einer Übergangsjustiz, die nicht nur Kämpfer, sondern auch z.B. Unternehmer, Politiker, Angehörige der Justiz betreffen soll, die in irgendeiner Weise, z.B. durch finanzielle Unterstützung oder logistische Hilfe, am Konflikt beteiligt waren, deutete Márquez an, es sei „wichtig, was Expräsident Gaviria vorgeschlagen hat, denn er drückt damit aus, dass es in vielen Fällen nicht nur einen einzigen Verantwortlichen gibt“. Und er fügte hinzu, auch in den Reihen der FARC gebe es Kriegsversehrte. „Wir bestehen darauf, dass der Hauptverantwortliche der Staat ist, und darum dreht sich die Diskussion“.

Obwohl Gaviria betont hatte, bei dem Vorschlag der Ausdehnung der Übergangsjustiz auf zivile Gruppen und Personen handele es sich um seine persönliche Ansicht, nehmen Gerüchte zu, die besagen, der Altpräsident sei die zentrale Figur im Friedensdialog, aber nicht in dem mit der FARC, sondern in dem zwischen Präsident Santos und seinem Vorgänger Uribe.

Die Initiative Gavirias erfährt mehr Unterstützung als Gegnerschaft. Z.B. hat Verteidigungsminister Juan Carlos Pinzón sie als „sehr vernünftig und von großer Wichtigkeit“ bezeichnet. Ähnlich drückte sich Generalstaatsanwalt Eduardo Montealegre aus.

Politische Kreise betrachten den Vorschlag mit Wohlwollen.....,so dass man sagen kann, es besteht fast Einstimmigkeit hinsichtlich des Vorschlages.

Aber momentan scheint es doch eine verfrühte Debatte zu sein, denn am Verhandlungstisch gilt zurzeit alle Energie der Vereinbarung über die Opfer und der Suche nach einem Weg zur Deeskalation des Konflikts. Gleichwohl erreichte Gavirias Initiative ihre Adressaten, von denen das Demokratische Zentrum, dem Expräsident Uribe vorsitzt, der wichtigste war. Von dieser Seite äußerte Senator Alfredo Rangel, es sei ein guter Vorschlag, mahnte jedoch, man dürfe nicht vergessen, dass eine Übergangsjustiz sich den internationalen Verpflichtungen anzupassen habe, die Kolumbien eingegangen sei. Deutlich wurde aus dieser Erklärung, dass Gavirias Vorschlag sein Ziel erreicht hat: Brücken zu Uribes Partei zu bauen.